

Abo [Flucht in die Schweiz](#)

Sexistische Klischees und fehlende Kitas – was die Ukrainerinnen hier erwartet

Diese Fluchtbewegung ist so weiblich geprägt wie keine zuvor. In der Schweiz treffen die Frauen auf grosse Solidarität, aber auch Hürden im Jobmarkt. Und es droht die Ausbeutung.

[Jacqueline Büchi](#)

Publiziert: 20.03.2022, 23:04



Schultern, die schwere Rucksäcke tragen. Finger, die gescannt werden. Müde Gesichter: Sie gehören fast ausschliesslich Frauen.

Wohl noch nie war eine Fluchtbewegung so weiblich geprägt wie die aus der Ukraine. Nach ersten Angaben des zuständigen Staatssekretariats für Migration (SEM) sind rund 60 bis 70 Prozent der ukrainischen Geflüchteten, die sich seit Kriegsausbruch in der Schweiz registriert haben, weiblich – Kinder inbegriffen. Betrachtete man nur die Erwachsenen, läge der Frauenanteil noch weitaus höher.

Damit unterscheiden sich die Ankommenden massgeblich von früheren Flüchtlingen.

Nicht nur «Anhängsel»

2020 waren im Schnitt 60 Prozent der Personen im Schweizer Asylprozess männlich. Je nach Staatsangehörigkeit auch deutlich mehr: So machten die Männer bei den afghanischen Schutzsuchenden 73 Prozent aus, bei den algerischen gar 87 Prozent.

Das ist die Statistik. Das andere ist das Bild in unseren Köpfen. Francesca Falk, Dozentin für Migrationsgeschichte an der Universität Bern, betont zwar, es habe schon immer Frauen gegeben, die allein in die Schweiz gekommen seien, um hier ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Etwa italienische Migrantinnen in der Nachkriegszeit. Oder später beispielsweise Frauen aus asiatischen und osteuropäischen Ländern, die in Europa zahlreich als Betagtenpflegerinnen oder Nannys beschäftigt werden.



60 bis 70 Prozent der ukrainischen Geflüchteten in der Schweiz sind weiblich. Werden nur die Erwachsenen gezählt, ist die Quote noch weitaus höher.

Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Dennoch sei die Wahrnehmung der Migration vorwiegend männlich geprägt geblieben. Frauen seien in den Medien, aber auch in der Forschung, lange als «mitreisende Ehefrauen» behandelt worden, als «Anhängsel».

Nun hat sich dieses Bild von einem Tag auf den anderen ins Gegenteil verkehrt. Die vielen Frauen treffen hier auf eine enorme Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Aber auch auf Strukturen, die nicht immer zu ihren Bedürfnissen passen.

Gefahr der Ausbeutung

Zwar heisst es beim SEM, die Bundesasylzentren seien so konzipiert, dass Einzelpersonen «zwingend nach Geschlechtern getrennt» untergebracht werden, wenn möglich auch auf getrennten Stockwerken oder in separaten Gebäuden. Jedes Zentrum verfüge zudem über mindestens eine Person, die speziell für frauenspezifische Themen ausgebildet sei.

Dennoch hören Fachstellen immer wieder von Frauen, die in den Zentren unangenehme Begegnungen mit männlichen Bewohnern oder mit Sicherheitspersonal machen. Manche würden schon am Nachmittag nichts mehr trinken, damit sie in der Nacht auf keinen Fall auf die Toilette müssten, sagt Lelia Hunziker, die Geschäftsführerin der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ).

Sie plädiert dafür, dass die Geflüchteten in Frauentrakten oder in separaten Wohnungen untergebracht werden, wie dies aktuell auch in vielen Fällen angestrebt wird. Die Unterbringung in Privathaushalten sei grundsätzlich ebenfalls eine gute Sache, wobei auch hier ein potenzielles Ausbeutungsrisiko bestehe.

Bei involvierten Hilfswerken hört man, bereits hätten sich vereinzelt Personen mit unverhohlenen schlüpfrigen Angeboten gemeldet, die allerdings sofort erkannt worden seien. Das rassistische Klischee der «Katalogfrau» aus dem Osten halte sich in gewissen Köpfen leider hartnäckig.

«Es ist wichtig, dass wir diese Frauen nicht einfach als Opfer sehen.»

Lelia Hunziker, Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ)

Laut Hunziker gibt es aber auch subtilere Formen der Ausbeutung. Etwa, wenn erwartet werde, dass die Geflüchteten im Privathaushalt putzen, kochen und auf die Kinder aufpassen. Wichtig sei, dass die Vermittlung von Privatunterkünften nur durch anerkannte Hilfsorganisationen geschehe, welche die Gastgeber im Vorfeld genau prüfen, und dass beiden Seiten bei Konflikten, Missverständnissen oder Überforderung professionelle Ansprechpartner zur Verfügung stünden.

Trotz dieser Risiken ist es der FIZ-Geschäftsführerin ein Anliegen, dass die Diskussion um den Schutz der Frauen nicht ins «Hysterische» kippt. «Es ist wichtig, dass wir diese Frauen nicht einfach als Opfer sehen, sondern als starke, selbstbestimmte Menschen, denen wir auf Augenhöhe begegnen sollten.»

Dies betont auch Migrationsforscherin Francesca Falk. Generell sei die Tendenz zu beobachten, dass weibliche Migrantinnen im öffentlichen und politischen Diskurs vor allem im Lichte ihrer Schutzbedürftigkeit gesehen würden – bei früheren Fluchtbewegungen etwa im Zusammenhang mit Zwangsehen, Beschneidung oder häuslicher Gewalt. «Doch sie sind handelnde Subjekte. Diese Frauen sind aufgebrochen, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Sie haben ihr Schicksal selber in die Hand genommen.»

Viele der Ukrainerinnen hätten zu Hause einen guten Job gehabt und ein eigenständiges Leben geführt. «Die Integrationsanstrengungen der Behörden müssen darauf abzielen, dass die Frauen daran anknüpfen können.»

Hürden auf Jobmarkt

In dieser Hinsicht zeichnen sich aber bereits erste Probleme ab. Wie mehrere Fachleute im Gespräch schildern, sind sich viele Ukrainerinnen aus ihrer Heimat gute

Kinderbetreuungsstrukturen gewohnt. Es dürfte für die Schweizer Gemeinden eine Herausforderung werden, rasch genügend Kita-Plätze zur Verfügung zu stellen.



Die Kinderbetreuung könnte nach Einschätzung von Experten zur Knacknuss werden. Eine Ukrainerin spielt mit ihrer Tochter im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen AR.

Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Was die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt angeht, warnt Nina Gilgen, Leiterin der Zürcher Fachstelle Integration, vor übertriebenen Erwartungen. Es sei zwar sehr erfreulich, dass es den Ukrainerinnen dank des Schutzstatus S erlaubt sei, sofort zu arbeiten. «Doch die Anforderungen im Schweizer Arbeitsmarkt sind hoch, und die Anerkennung von Diplomen ist unabhängig vom Aufenthaltsstatus oft schwierig.»

Noch liegen keine Erhebungen zur beruflichen Qualifikation der Ankommenden vor. «Das Ziel der Integrationsförderung ist generell, alle Geflüchteten nach ihrem individuellen Potenzial zu fördern. Es wäre sicher nicht sinnvoll, wenn überqualifizierte Frauen nun Jobs in der Reinigung oder in anderen Niedriglohnsektoren annehmen.»

Erschwerend kommt laut Gilgen dazu, dass viele Frauen ihre Partner und ihre Angehörigen zurücklassen mussten. «In Gedanken ist man stets bei den Daheimgebliebenen. Das ist psychologisch eine grosse zusätzliche Belastung.»

Damit der Eintritt in den Arbeitsmarkt oder das Erlernen einer neuen Sprache glücken könne, müssten sich die Betroffenen auch damit auseinandersetzen, dass sie eine Weile in diesem neuen Land verbringen werden. «In dieser frühen Phase des Krieges ist das aus nachvollziehbaren Gründen schwierig.»

Als rauchende Frauen kamen

Historikerin Francesca Falk betont, frühere Gruppen von Migrantinnen hätten die gesellschaftspolitischen Innovationen in der Schweiz teilweise beschleunigt. Sie erinnert sich an ein Forschungsinterview einer Studentin mit einem in Ungarn geborenen Mann, der 1956 als Kind mit seinen Eltern in die Schweiz gekommen war. «Er erzählte, dass es sehr auffiel, wenn in der Schweiz seine Mutter als Frau rauchend durch die Strassen lief.» Und die 1968 aus der Tschechoslowakei geflohene Schriftstellerin Irena Brežná habe bemerkt, dass sich die Schweizer Frauen an den Unis damals kaum zu Wort meldeten.

«Gut möglich, dass wir auch von den Ukrainerinnen etwas lernen werden – etwa im Umgang mit Alleinerziehenden oder bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.» Denn auch die heutige Kita-Infrastruktur sei in den Zeiten der Hochkonjunktur ausgebaut worden, als migrantische Familien im Gegensatz zu den schweizerischen oftmals stark darauf angewiesen waren.

Jacqueline Büchi ist Autorin im Inlandressort und Mitglied der Tagesleitung der Redaktion Tamedia. Schwerpunkt ihrer Berichterstattung ist die Gesundheits- und Gesellschaftspolitik. Sie startete 2008 als Radiojournalistin und durchlief seither verschiedene Stationen bei Medien im In- und Ausland. [Mehr Infos](#)

 [@j_buechi](#)

Publiziert: 20.03.2022, 23:04

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)